



## Presseschau vom 28.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

***Helen Buyniski: China toleriert in der Taiwan-Frage keine Einmischung, schon gar nicht von Leuten wie Selenskij***

Nachdem er weitere Oppositionsparteien verboten hat, nimmt es der Ukrainer Selenskij auf sich, wegen Taiwan einen Krieg mit China anzuzetteln. Der zum Politiker gewordene Schauspieler ist zum perfekten nützlichen Idioten für Washingtons außenpolitische Prioritäten geworden. ...

<https://kurz.rt.com/31kh> bzw. [hier](#)

***Michael Pflugfelder: Mit Lügen gegen Russland – Die Minsker Abkommen und die Doppelmoral des Westens***

Wie der ehemalige ukrainische Präsident Poroschenko unlängst offen eingestanden hat, diene das zweite Abkommen von Minsk dem Ziel, der Ukraine im Donbass-Konflikt Zeit zu verschaffen. Die Lage in der Ukraine entblößt das bekannte westliche Muster aus Lügen, gebrochenen Verträgen und Doppelmoral. ...

<https://kurz.rt.com/31lb> bzw. [hier](#)

***Rainer Rupp: Die Jahresproduktion von US-Munition reicht der Ukraine nur für zehn Tage Krieg***

Eine bemerkenswerte Analyse der altherwürdigen Denkfabrik des britischen Militärs "Royal United Services Institut" (RUSI) der militärisch-industriellen Produktionskapazitäten zeigt, dass USA und NATO in einem längeren Krieg in der Ukraine nicht mithalten können. ...

<https://kurz.rt.com/31ma> bzw. [hier](#)

***Tom J. Wellbrock: Der Krieg der schlechten Nachrichten***

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Es ist das Gespenst des Pessimismus, der Angst, das Gespenst des Alarmismus und der Panik. Die psychologischen Folgen dürften gravierend sein, und die Tatsache, dass sie bisher nur peripher eindeutig in Erscheinung treten, macht die Sache nicht besser. ...

<https://kurz.rt.com/31lm> bzw. [hier](#)

***Thomas Frank: Sie haben über Putin gelacht! Jetzt ist ihnen das Lachen vergangen.***

Anfang der 2000er Jahre streckte der russische Präsident seine Hand aus, um mit dem Westen und der NATO zusammenzuarbeiten. Doch er wurde brüsk zurückgewiesen, hintergangen und manche lachten sogar über ihn. Jetzt ist ihnen das Lachen vergangen. ...

<https://kurz.rt.com/31nn> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "**Der Westen unterschätzt Russland**" – Ex-Präsident Medwedew im Interview  
Dmitri Medwedew, der Vizechef des russischen Sicherheitsrates, ist der Ansicht, dass der Westen Russland unterschätzt. Es sei nicht das erste Mal, dass man das Land aus allen Kräften unter Druck setze. Aber selbst der Eiserne Vorhang sei kein Hindernis gewesen. ...

<https://kurz.rt.com/31o6> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

19:15 de.rt.com: **Wladimir Putin sagt Teilnahme an G20-Gipfel in Indonesien zu**

Trotz des massiven Drucks des Westens hat der Präsident Indonesiens Joko Widodo den russischen Staatschef Wladimir Putin eingeladen, am G20-Gipfel Mitte November auf Bali teilzunehmen. Der Kreml habe die Einladung bereits angenommen, wie der außenpolitische Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, am Montag gegenüber RIA Nowosti bestätigte. Er sagte:

"Wir haben eine offizielle Einladung erhalten, was sehr wichtig mit Blick darauf ist, dass die Indonesier von den jeweiligen westlichen Ländern nach wie vor unter Druck gesetzt werden. Das alles wird natürlich Thema der Gespräche am 30. Juni sein. Aber unser Präsident hat eine Einladung erhalten, und wir haben sie positiv beantwortet und gesagt, dass wir an einer Teilnahme interessiert sind."

Ob der Kremlchef nach Indonesien persönlich anreisen oder per Video zugeschaltet werde, hänge von den Corona-Beschränkungen ab, die zum Zeitpunkt des Gipfels gelten werden, so Uschakow.

Laut dem Berater soll Widodo diesen Donnerstag zu Gesprächen mit Putin nach Moskau reisen. Davor plane das indonesische Staatsoberhaupt allerdings eine Stippvisite in Kiew. Von dem Treffen am 30. Juni erhoffe sich der Kreml einen konstruktiven und aufschlussreichen Dialog, erklärte Uschakow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9ca00b480cc5c904d0a90.jpg>

*Wladimir Putin bei einer Videokonferenz in Sankt Petersburg, 18. Juni 2022*

19:45 de.rt.com: **Bewohner des Gebiets Saporoschje erhalten Drohungen aus der Ukraine**

Die Bewohner des russisch kontrollierten Gebiets Saporoschje erhalten täglich Drohungen aus der Ukraine über Telefon und Telegram. Dies erklärte das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des im Gebiet gelegenen Bezirks Tschernigowka Ilona Ischtschenko der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Sie sagte:

"Die ukrainische Seite versucht, unser ruhiges und friedliches Leben zu stören."

Ischtschenko fügte hinzu, dass ukrainische Streitkräfte die Siedlungen des Gebiets regelmäßig unter Beschuss nähmen, wie es etwa in vergangenen Tagen im Dorf Nowopoltawka der Fall gewesen sei. Für die Zivilbevölkerung bestehe aber keine Bedrohung, weil es russischen Luftabwehr gelinge, die Projektile abzufangen.

Insgesamt charakterisierte Ischtschenko die Lage im Gebiet als ruhig und stabil:

"Täglich wird humanitäre Hilfe verteilt, Rentner erhalten soziales Gas, Apotheken und die gesamte Infrastruktur sind im Betrieb [...] Arbeiter erhalten ihren Lohn."

In der vergangenen Woche hatte das Mitglied des Hauptrats der militärisch-zivilen

Verwaltung der Region Wladimir Rogow die Vereinigung des Gebiets mit Russland als unvermeidlich bezeichnet.

### 19:52 de.rt.com: **Ukraine: Brand im Einkaufszentrum von Krementschug – Kiew beschuldigt Russland des Beschusses**

In der zentralukrainischen Stadt Krementschug ist es zu einem Brand in einem Einkaufszentrum gekommen. Kiew spricht von einem Raketenangriff der russischen Armee und meldet mindestens zehn Todesopfer. Rettungs- und Löschkommandos sind vor Ort. Nach Angaben ukrainischer Medien kam es in der Stadt Krementschug im Gebiet Poltawa um 15:40 Uhr zu Luftalarm. Der Bürgermeister der Stadt Witali Malezki meldete den Vorfall als erster. Ihm zufolge sei ein Einkaufszentrum von einer russischen Rakete beschossen worden. Er teilte mit, dass eine Fläche von mehr als 10.000 Quadratmetern in Brand geraten sei, 20 Fahrzeuge seien an den Löscharbeiten beteiligt. Er betonte, dass das Einkaufszentrum kein militärisches Objekt sei.

"Der Raketenangriff auf Krementschug traf einen sehr belebten Ort, der zu 100 Prozent nichts mit der Militäraktion zu tun hat. Es gibt Todesopfer und Verletzte. Raschisten (Schimpfbezeichnung für die Russen; Anm. der Red.), brennt in der Hölle", schrieb in seinem Telegram-Kanal.

Im Internet tauchten Fotos und Kurzvideos des brennenden Gebäudes auf. Auf einigen Bildern waren mehrere uniformierte Armeeangehörige zu sehen. Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij meldete sich im Zusammenhang mit dem Vorfall zu Wort: "Das Einkaufszentrum steht in Flammen, die Rettungskräfte sind dabei, das Feuer zu löschen, die Zahl der Opfer ist unvorstellbar hoch. Keine Gefahr für die russische Armee. Kein strategischer Wert. (...) Russland lässt seine Ohnmacht weiterhin an den einfachen Bürgern aus. Es ist zwecklos, von ihm Angemessenheit und Menschlichkeit zu erwarten", schrieb er in seinem offiziellen Telegram-Kanal.

Nach Angaben des Gebietsgouverneurs Dmitri Lunin starben bei dem Angriff zehn Menschen, 40 wurden verletzt. Das russische Militärportal Topwar hingegen berichtet, dass in der Nähe des Einkaufszentrums eine Straßenbaumaschinenfabrik befinden soll, die ukrainische Armee für die Reparatur ihrer Militärtechnik genutzt habe.

Weitere russische Medien und Telegram-Kanäle vermuten eine ukrainische Provokation hinter dem Vorfall und weisen darauf hin, dass das brennende Gebäude aus leicht entflammbaren Materialien gebaut sei. Teile einer von der ukrainischen Luftabwehr abgeschossenen Rakete könnten daher die Ursache des Brandes sein.

"Es ist davon auszugehen, dass die ukrainische Provokation in Krementschug im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel steht, um die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit erneut auf die ukrainische Frage zu lenken", schreibt Topwar. Keine der Angaben kann derzeit von unabhängiger Seite geprüft werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9e69848fbef33d93b7815.PNG>

21:09 (20:09) novorosinform.org: **Medwedew kommentierte die Worte eines "Dummkopfs" aus Lettland über die Abtrennung Kaliningrads**

Der stellvertretende Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, reagierte scharf auf die Worte des ehemaligen Innenministers Lettlands über die Abtrennung Kaliningrads von Russland.

Erinnern wir uns, Maris Gulbis hatte erklärt, dass die Beschränkung des Transits der russischen Ladungen nach Kaliningrad der erste Schritt Europas zur Abtrennung des ehemaligen Königsbergs von Russland sei.

Medwedew nannte den Ex-Minister "einen weiteren Dummkopf" aus Lettland, der signalisiert habe, dass der Westen angeblich bereit sei, Kaliningrad von Russland zu übernehmen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates vermutete, dass der lettische Politiker „etwas Schlechtes getrunken oder gegessen“ habe, weil er eigentlich vorhabe, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln.

"Wenn er zu sich kommt, wird er jedes Rascheln an der Tür fürchten. Und das zu Recht. Wir haben ein gutes Gedächtnis", schrieb Medwedew auf seinem Telegram-Kanal.



[https://novorosinform.org/content/images/76/91/47691\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/76/91/47691_720x405.jpg)

20:15 de.rt.com: **Großbritanniens Premier warnt vor Nachteilen einer friedlichen Lösung des Ukraine-Krieges**

Auch beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau ist der Ukraine-Konflikt eines der beherrschenden Themen. Bei Gesprächen hat der britische Premier Johnson betont, dass jede Bemühung, den Konflikt zwischen Moskau und Kiew auf friedlichem Wege zu lösen, mehr Schaden als Nutzen bringen würde.

Der Westen müsse die Ukraine weiter aufrüsten, anstatt eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Kiew und Moskau anzustreben. Dies hat der britische Premierminister Boris Johnson nach Angaben aus der Downing Street dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron [gesagt](#). Jeder Versuch, den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen, werde zu globaler Instabilität führen, erklärte Johnson bei einem Treffen am Rande des G7-Gipfels am Sonntag auf Schloss Elmau in Bayern.

Die Militäraktion in der Ukraine befinde sich in einem "kritischen Moment", so die beiden führenden Politiker übereinstimmend. Doch es bestehe immer noch "eine Chance, das Blatt zu wenden". Der Erklärung zufolge haben sich Johnson und Macron darauf geeinigt, Kiew weiterhin militärisch zu unterstützen, um "ihre Position sowohl im Krieg als auch bei künftigen Verhandlungen zu stärken".

Der britische Premierminister soll dabei den französischen Staatschef davor gewarnt haben,

nach anderen Möglichkeiten zur Beendigung des Konflikts zu suchen. In der Mitteilung aus der Downing Street heißt es dazu:

"Der Premierminister betonte, dass jeder Versuch, den Konflikt jetzt beizulegen, nur zu dauerhafter Instabilität führen und Putin die Möglichkeit geben würde, sowohl souveräne Länder als auch internationale Märkte auf Dauer zu manipulieren."

Bei einem Treffen mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau am Sonntag vertrat Johnson einen ähnlichen Standpunkt. In der Mitteilung zu diesem Zusammenkommen heißt es, der britische Premier habe [erklärt](#):

"Die Ukraine steht auf Messers Schneide, und wir müssen das Kräfteverhältnis des Krieges zu ihren Gunsten verschieben. Das bedeutet, dass wir die Ukraine mit den Verteidigungsfähigkeiten, der Ausbildung und den Geheimdienstinformationen ausstatten müssen, die sie braucht, um den russischen Vormarsch abzuwehren."

Am Sonntag schrieb Johnson auf dem Kurznachrichtendienst Twitter auch, dass "die Sicherheit der Ukraine unsere Sicherheit und ihre Freiheit unsere Freiheit ist". Deshalb werde das Vereinigte Königreich Kiew "bei jedem einzelnen Schritt auf diesem Weg" unterstützen. Johnson betonte:

"Jetzt ist nicht die Zeit, die Ukraine aufzugeben, sie brauchen die Unterstützung und Entschlossenheit der G7 mehr denn je."

Im Vorfeld des Gipfels in Bayern sagte London der Ukraine weitere 429 Millionen Pfund (rund 498 Millionen Euro) an Garantien für Weltbankkredite im Jahr 2022 zu – als eine Form der finanziellen Unterstützung. Nach Angaben aus der Downing Street beläuft sich die gesamte finanzielle Unterstützung des Vereinigten Königreichs für Kiew, einschließlich der Kreditgarantien, auf 1,3 Milliarden Pfund (rund 1,5 Milliarden Euro). Die gesamte wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung Londons für Kiew beläuft sich demnach in diesem Jahr auf insgesamt 1,5 Milliarden Pfund (1,7 Milliarden Euro).

Johnson ist einer der inbrünstigsten Unterstützer Kiews, seitdem Russland Ende Februar mit seiner Militäroperation in der Ukraine begonnen hatte. Bereits zwei Mal hat er Kiew seither besucht und die westlichen Staaten wiederholt aufgefordert, mehr Waffen an Kiew zu liefern. Das Vereinigte Königreich ist einer der wichtigsten Lieferanten von Militärausrüstung an die Ukraine, einschließlich schwerer Waffen.

Im Juni hatte Johnson gewarnt, der Westen müsse sich auf einen langen Krieg zwischen Kiew und Moskau einstellen. Am Samstag sagte er, er würde einen Rücktritt in Erwägung ziehen, falls er die Ukraine irgendwann aufgeben müsse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9b11048fbef491d483ebb.jpg>

*Der britische Premierminister Boris Johnson (r.) traf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 26. Juni 2022 am Rande des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern*

20:15 de.rt.com: **Marokko kontaktiert DVR in Bezug auf verurteilten Söldner**

Die Außenministerin der Volksrepublik Donezk Natalja Nikonorowa hat bekannt gegeben, dass die Republik "gewisse Signale" des Königreichs Marokko erhalten habe. Diese beträfen den in Donezk verurteilten marokkanischen Söldner Brahim Saadoun. In einer Sendung des Fernsehsenders Rossiya 24 erklärte Nikonorowa:

"Die Verwandten nahmen Kontakt mit Anwälten auf, die dem Herrn zugeteilt worden waren. Es gab eine Bitte um ein Gespräch, außerdem wollten sie einen eigenen Anwalt stellen. Soweit ich weiß, wurde die Anfrage befriedigt in dem Sinne, dass eine Kontaktmöglichkeit zu den Verwandten und dem Anwalt gegeben wurde."

Der marokkanische Staatsbürger Saadoun war am 9. Juni zusammen mit den Briten Shaun Pinner und Aiden Aslin in Donezk als Söldner zum Tode verurteilt worden. Nach den Gesetzen der Volksrepublik Donezk kann gegen das Urteil innerhalb eines Monats Einspruch eingelegt werden.

#### 20:45 de.rt.com: **Selenskij droht im Falle einer Bedrohung Kiews mit Schlägen gegen Transnistrien**

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij hat Angriffe gegen die nicht anerkannte Republik Transnistrien angekündigt, sollte diese Kiew bedrohen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seiner moldawischen Amtskollegin Maia Sandu sprach er von "Risiken" durch Transnistrien und erklärte:

"Wir erhalten gewisse Signale, und sie sind unangenehm. Diese Menschen, die sich auf dem zeitweise besetzten Gebiet Moldawiens, in Transnistrien, befinden, müssen wissen: Für uns wird es kein Schlag, sondern eine Ohrfeige sein. Aber wir werden ganz sicher mit einem Schlag antworten."

Eine Destabilisierung der Region sollte möglichst vermieden werden, so Selenskij.

Am 6. Juni hatte eine Drohne zwei Handgranaten vom Typ RGD-5 auf eine Basis von Friedenstruppen im transnistrischen Wladimirowka abgeworfen. Die Behörden der Republik schlossen eine Provokation Kiews nicht aus. Transnistriens Präsident Wadim Krasnoselski betonte, dass sein Land trotz Provokationen keine Aggression gegen seine Nachbarn plane.

#### 21:45 de.rt.com: **NATO will Zahl der schnellen Eingreiftruppen drastisch erhöhen**

Die NATO will vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine die Zahl ihrer schnellen Eingreiftruppen von rund 40.000 auf über 300.000 erhöhen. Vor allem an der östlichen Grenze sollen mehr Truppen konzentriert werden. Stoltenberg erwartet, dass bei dem am Dienstag beginnenden NATO-Gipfel deutlich gemacht werde, dass Russland als die "bedeutendste und direkteste Bedrohung" bezeichnet werde.

Unter anderem sollen die existierenden multinationalen NATO-Kampfgruppen in den östlichen Mitgliedstaaten der Allianz auf Brigadestärke ausgebaut werden. Eine Brigade besteht in der Regel aus etwa 3.000 bis 5.000 Soldaten.

Deutschland hat angekündigt, dass es die Brigade in Litauen führen will. Bereits in der bestehenden NATO-Kampfgruppe in Litauen hat die Bundeswehr mit rund 1.000 von 1.600 Soldaten das größte Kontingent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba07e248fbef310f437625.jpg>  
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 27. Juni in Madrid

22:15 de.rt.com: **Über 3.500 Hektar Land durch russische Truppen von Minen geräumt**  
Die russischen Militärangehörigen und Rettungsdienstmitarbeiter haben knapp 3.600 Hektar Land in den Donbassrepubliken von Minen geräumt. Dies erklärte während seines Presseberichts der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung Russlands Michail Misinzew:

"Minenräumverbände der Streitkräfte der Russischen Föderation und des russischen Ministeriums für Notfallsituationen räumen das Gebiet der Donezker und Lugansker Volksrepubliken von explosiven Gegenständen. Insgesamt wurden 3.582,64 Hektar Land überprüft."

Während dieser Arbeiten seien knapp 37.000 explosive Gegenstände ausfindig gemacht und entschärft worden, fügte Misinzew hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba0d3648fbef491d483f28.jpg>  
Ein russischer Soldat bei der Räumung von Minen in Mariupol

22:45 de.rt.com: **LVR will Offensive über Republikgrenzen hinaus fortsetzen**

Die Streitkräfte der Lugansker Volksrepublik werden ihre Vorstöße über die Republikgrenzen hinaus fortsetzen, erklärte der Oberstleutnant der LVR Andrei Marotschko in einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live. Dies sei notwendig, um ukrainische Angriffe auf das Gebiet der Republik zu verhindern. Marotschko erklärte:

"Selbst wenn wir 100 Prozent des Gebiets der LVR für befreit erklären, können wir den Bewohnern der Lugansker Volksrepublik leider noch nichts garantieren. Wir müssen

weitergehen, denn diejenigen Waffen, die die ukrainische Armee nutzt, haben leider eine sehr große Reichweite. Bis heute wird das Gebiet der Lugansker Volksrepublik angegriffen." Marotschko merkte an, dass die Ukraine das Gebiet der LVR über drei Wochen lang fast täglich angreifen und dabei unter anderem Raketen vom Typ Totschka-U einsetzen würde. Er führte aus:

"Sie versuchen, wichtige Objekte der zivilen Infrastruktur anzugreifen, unsere Wirtschaft zu zerstören und zu vernichten."

0:30 (23:30) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **In der Ukraine wurde zugegeben, dass das Einkaufszentrum in Kremenschug nicht durch eine russische Rakete getroffen wurde**  
Zahlreichen Videos vom Brandort im Amstor-Einkaufszentrum in Kremenschug nach zu urteilen, brannte es durch die Folgen einer Explosion in einem nahe gelegenen Werk und nicht durch einen russischen Raketeneinschlag, schreibt der ukrainische Telegram-Kanal „Legitimny“.

Die Autoren des Kanals stellen fest, dass die Brandursache die Nähe des Einkaufs- und Unterhaltungszentrums zu einem Reparaturwerk für militärische Ausrüstung war.

„Experten gehen davon aus, dass im Falle eines Raketenangriffs nichts von der Mall übrig geblieben wäre und ein riesiger Krater durch den Einschlag entstanden wäre, weil die Pavillons aus Leichtmetallkonstruktionen bestehen, die leicht durchbrochen und verformt werden können.“, heißt es in der Veröffentlichung.

Der Kanal macht auch darauf aufmerksam, dass in keinem der ukrainischen Videos Überreste einer Rakete oder ein Ort, an dem eine Rakete einschlug, zu sehen seien, die sich vor dem Hintergrund eines Feuers abheben würden.



[https://novorosinform.org/content/images/77/02/47702\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/77/02/47702_720x405.jpg)

**vormittags:**

7:05 de.rt.com: **Medwedew: Russland wird wegen litauischen Transitverbots in Kaliningrader Gebiet harte Vergeltung üben**

Russland wird wegen des Transitverbots nach Kaliningrad Vergeltung üben, die sehr hart sein wird und Litauen den Sauerstoff abschneiden kann. Dies erklärte Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, in einem Interview mit der Zeitung Argumenty i Fakty. Er erklärte:

"Natürlich wird Russland Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, und diese werden sehr hart sein. Ich werde noch nicht sagen, welche das sind. Es gibt viele Möglichkeiten, viele davon sind wirtschaftlicher Natur und können unseren baltischen Nachbarn, die feindliche Handlungen begangen haben, den Sauerstoff abschneiden."

Medwedew bezeichnete die Entscheidung von Vilnius, den Gütertransit in das Kaliningrader Gebiet zu beschränken, als "Teil des Stellvertreterkriegs", den der Westen gegen Russland entfesselt habe. Seiner Ansicht nach könnte die Antwort Moskaus daher auch asymmetrisch ausfallen:

"Es besteht auch die Möglichkeit asymmetrischer Maßnahmen, die mit Sicherheit zu einer kritischen Eskalation des Konflikts führen werden."

"Und darunter werden die einfachen litauischen Bürger leiden, deren Lebensstandard ohnehin schon niedrig und nach europäischen Maßstäben einfach miserabel ist. Fragen Sie die Menschen in Vilnius oder Kaunas, was sie von solchen Maßnahmen halten, und Sie werden ehrliche, nicht besonders diplomatische Antworten hören. Die litauischen Politiker versuchen, sich selbst zu schützen, während die Bürger versuchen, in diesem Theater der Absurdität irgendwie zu überleben. Beides gelingt immer schlechter."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba826e48fbef30eb0b2336e.jpg>

#### 8:17 (7:17) novorosinform.org: „Asot“ kann nach der Reparatur des Werksgebäudes wieder in Betrieb genommen werden – Marotschko

Das Chemiewerk Asot in Sewerodonezk wurde während der Sonderoperation praktisch nicht beschädigt, so dass es in naher Zukunft seine Arbeit wieder aufnehmen kann, sagte Andrej Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der LVR, auf Sendung des Fernsehsenders Solowjow Live.

„Das Unternehmen ‚Asot‘ war trotz all der militärischen Ereignisse praktisch nicht betroffen. Das bedeutet, dass das Werk bald zum Wohlergehen der Volksrepublik Lugansk beitragen wird“, sagte er.

Marotschko fügte hinzu, dass das Gebäude dennoch beschädigt worden sei: Das Dach sei teilweise aufgebrochen, Fensterscheiben seien zu Bruch gegangen. Dabei blieben jedoch alle Arbeitsgeräte intakt: Die Maschinen und Geräte sind intakt, man kann weiter daran arbeiten.



[https://novorosinform.org/content/images/77/09/47709\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/77/09/47709_720x405.jpg)

7:55 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Fortgesetzte US-Waffenlieferungen an Ukraine erhöhen Gefahr einer Eskalation**

Die fortgesetzte Lieferung von Waffen durch die Vereinigten Staaten an die Ukraine treibe den Konflikt nur weiter voran und erhöhe die Gefahr einer weiteren Eskalation mit unvorhersehbaren Folgen. Dies erklärte der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten Anatoli Antonow am Montag in einer Antwort auf eine Medienanfrage. Er bezeichnete die Waffenlieferungen als rücksichtslos und unverantwortlich:

"Die herrschenden Kreise in Washington, die von der Idee, Russland zu schwächen, geblendet sind, sind jedoch nach wie vor nicht in der Lage, die volle Gefahr ihrer Schritte nüchtern einzuschätzen."

"Die US-Regierung verstärkt den Transfer von Waffen nach Kiew. Während sie früher MANPADS und APCs lieferten, sind es jetzt schwere Artillerie, MLRS und offenbar auch Flugabwehrgeräte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba8493b480cc450110f725.jpg>

8:30 de.rt.com: **Niederländischer Minister: Gaskrise könnte einen Dominoeffekt auslösen**

Eine Gaskrise in einem EU-Land würde einen Dominoeffekt auslösen und sich in ganz Europa ausbreiten, erklärte der niederländische Klima- und Energieminister Rob Yetten gegenüber Politico. Er stellte fest:

"Es ist schön, wenn einzelne Mitgliedstaaten ihre Gasspeicher bis zum 1. November füllen

können, aber wenn andere Länder nicht in der Lage sind, 80 Prozent zu erreichen – vor allem große Länder wie Deutschland –, dann muss man sich darüber im Klaren sein, dass dies einen Dominoeffekt auf ganz Europa haben wird."

Am Montag hatte die EU ihre endgültige Zustimmung zu einem Gesetz gegeben, das vorschreibt, dass die Gasspeicher bis zum 1. November 2022 zu 80 Prozent und in den Folgejahren zu 90 Prozent gefüllt sein müssen. In 18 der 27 EU-Länder gibt es Gasspeicher. Der Minister fügte hinzu, dass die Niederlande für den Fall, dass "alle Länder in Nordwesteuropa die dritte Phase des Gasnotstandsplans erreichen und alle anderen Maßnahmen zur Vermeidung einer Gasknappheit ergreifen", die Möglichkeit einer Erhöhung der Produktion aus dem Groningen-Feld prüfen könnten. Wie Ministerpräsident Mark Rutte wies er jedoch darauf hin, dass es sich hierbei um ein letztmögliches Mittel handele und dass das Land plane, die Erschließung des Feldes aufgrund der wahrgenommenen Umweltschäden bis spätestens 2024 vollständig einzustellen.

### 8:36 de.rt.com: **Planung für Stellvertreterkrieg? Pentagon ließ HIMARS-Fahrzeuge bereits im Januar umrüsten**

Das Pentagon hat noch vor Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine eine Ausschreibung für HIMARS-Nachladefahrzeuge in Auftrag gegeben. Das gibt Aufschluss über die US-Aufrüstungspläne für die Ukraine, meinen die von RT befragten russischen Militärexperten.

Wie RT herausfand, hatte das United State Marine Corps im Januar 2022 eine Ausschreibung für die Umrüstung von 223 Armeelastwagen in Nachladefahrzeuge für HIMARS-Raketenerwerfer (High Mobility Artillery Rocket System) angekündigt. Dies ist etwa die Hälfte aller HIMARS, die bei der US-Armee im Einsatz sind.

Washington liefert modifizierte Systeme im Rahmen der Militärhilfe nach Kiew. Das Datum der Bekanntgabe der Ausschreibung deutet darauf hin, dass die USA sich im Voraus auf einen militärischen Konflikt vorbereitet hatten, bei dem Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) zum Einsatz kommen, so die von RT befragten Experten.

Die ukrainischen Militärangehörigen begannen laut US-Angaben noch in der ersten Juni-Hälfte mit dem Training an den ersten vier HIMARS-Mehrfachraketenwerfern. Zuvor hatten die USA die Auslieferung der Fahrzeuge bis Ende Juni angekündigt.

Die Anlagen müssen zeitnah gewartet, repariert und mit Munition versorgt werden – und dafür werden fast mehr Fahrzeuge benötigt als die Zahl der Anlagen selbst, gab das US-Magazin Politico bekannt.

RT fand eine staatliche Ausschreibung, aus der hervorging, dass die USA dringend 200 Unterstützungsfahrzeuge für HIMARS benötigen. Die Ausschreibung war im Januar 2022 bekannt gegeben worden – einen Monat vor Beginn der militärischen Spezialoperation Russlands.

### **Auf Ersuchen der Marinesoldaten**

Am 6. Januar 2022 war auf dem Beschaffungsportal der US-Regierung (SAM) eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Umrüstung konventioneller Militärlastwagen in "Nachladefahrzeuge" für HIMARS erschienen.

"Das Systemkommando des US Marine Corps bittet um Informationen, um interessierte Lieferanten zu identifizieren, die über die technische Fähigkeit verfügen, bis zu 223 [MTVR-Lkw](#) in High Mobility Artillery Recharge Vehicles (oder hochmobile Raketenartillerie – Nachladefahrzeuge) (HIMARS RSVs) umzubauen", heißt es in der Ausschreibungsbeschreibung auf dem staatlichen Beschaffungsportal.

Die Kosten des Auftrags sind im Dokument nicht angegeben, da das Dokument selbst eine Aufforderung zur Einreichung von Preisvorschlägen ist. Das bedeutet, dass der staatliche Auftraggeber auf Angebote der Auftragnehmer wartet, aus dem er das profitabelste auswählt. Das HIMARS RSV ist ein bestehendes System, so die Autoren des Dokuments, die damit

unterstreichen, dass das Marine Corps beschlossen hat, die vorhandenen MTVR-Fahrzeuge in HIMARS-RSV-Fahrzeuge umzubauen, anstatt neue zu bestellen. Der MTVR-Lkw ist eines der beliebtesten Fahrzeuge der Armee und wird seit 2000 eingesetzt. Das Nachladefahrzeug sieht aus wie ein Kran mit einer flachen Plattform, auf der der Munitionsbehälter steht. Die Antworten auf die Anfrage des Marine Corps waren bis zum 11. März 2022 fällig.

### **Vorbereitung auf das Unvermeidliche**

Russische Militärexperten weisen darauf hin, dass die Anlagen wahrscheinlich speziell für Lieferungen an die Ukraine vorbereitet wurden, und zwar im Voraus.

"Dies könnte darauf hindeuten, dass die USA die Ukraine auf aktive militärische Handlungen im Donbass vorbereiteten. Das bestätigt einmal mehr die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen Russlands", meint Konstantin Blochin, ein führender Forscher am Zentrum für Sicherheitsstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften. "Hätte Russland nicht eine militärische Sonderoperation eingeleitet, wäre es zu einer Tragödie gekommen."

Der Militärhistoriker Juri Knutow, der an der Leningrader Hochschule für Luftverteidigung studiert und seinen Abschluss im Rang eines Oberstleutnants gemacht hatte, erklärte RT, dass für Mehrfachraketenstartsysteme eine beträchtliche Anzahl von Begleitfahrzeugen, einschließlich Nachladefahrzeugen, erforderlich ist.

"Sie laden nicht jede Rakete einzeln auf. Die Geschosse dieser Anlagen befinden sich in Behältern. Beim Wiederaufladen wird der verbrauchte Behälter komplett ausgetauscht", erklärt er. "Ich denke, sie brauchen mindestens ein Begleitfahrzeug für jedes HIMARS."

### **Im Haushalt vorgesehen**

Knutow, Direktor des Luftverteidigungsmuseums in Balaschicha, glaubt, dass die Kosten für HIMARS in den USA mindestens sechs Monate vor der Auslieferung veranschlagt wurden. "Das Pentagon erstellt den Militärhaushalt für das nächste Jahr im Frühjahr, im März oder April. Es leitet seine Haushaltswünsche an den Kongress weiter, der den Haushalt im Oktober verabschiedet", so Knutow. "Der Haushalt für 2022 wurde also im Oktober 2021 verabschiedet. Dies alles deutet darauf hin, dass ein Eingreifen der USA in den Konflikt in der Ukraine bereits im vergangenen Jahr geplant war."

Eine Analyse von Finanzdokumenten zeige, dass sich die USA über die Ukraine auf einen Stellvertreterkrieg mit Russland vorbereiteten, so Knutow.

"Die Änderungen am Haushalt wurden im Voraus vorgenommen und vorhergesehen", ist sich der Experte sicher. "In jedem Fall hätten die USA einen Konflikt provoziert. Entweder hätten sie die Ukraine zum Angriff gezwungen, oder sie hätten uns gezwungen, einen Präventivschlag zu starten. Zu diesem Plan gehörte auch die Lieferung schwerer Waffen." Zuvor hatte RT eine Reihe von Materialien veröffentlicht, die belegen, dass die USA die Ukraine auf ein militärisches Vorgehen vorbereiten. So bildeten beispielsweise Ausbilder aus den USA und dem Vereinigten Königreich seit 2017 ukrainische Infanteristen aus. Und seit 2014 stockten die USA ihre Militärhilfe für Kiew auf: In nur acht Jahren hatte Washington 3,3 Milliarden US-Dollar Ukraine zur Verfügung gestellt.

Medienberichten zufolge sind bereits vier HIMARS-Anlagen in der Ukraine eingetroffen. Die USA versprochen, in naher Zukunft vier weitere Anlagen zu liefern. Zuvor hatte das US-Verteidigungsministerium erklärt, Washington beabsichtige, Geheimdienstinformationen für HIMARS-Angriffe nach Kiew zu übermitteln.

### **Waffen für "Nichtgebrauch"**

HIMARS-Mehrfachraketenstartsysteme waren in der US-Armee 2005 in Dienst gestellt worden, im Jahre 2016 wurden 417 Stück davon gezählt.

Am 1. Juni kündigte US-Präsident Joe Biden öffentlich die Lieferung von HIMARS-Mehrfachraketenstartsystemen an die ukrainische Armee an. Der Transfer wird im Rahmen des 11. Pakets der Militärhilfe mit Gesamtkosten von 700 Millionen US-Dollar durchgeführt. Die maximale Schussreichweite dieses MLRS beträgt 500 Kilometer, aber Kiew wird Munition erhalten, die in der Lage ist, Ziele innerhalb von 80 Kilometern zu treffen.

Das Pentagon behauptet, dass die Vereinigten Staaten nicht an einem Konflikt mit Moskau interessiert sind. Die US-Seite habe die Regierung in Kiew gewarnt, dass HIMARS-Systeme nicht für den Beschuss des russischen Territoriums angewendet werden dürfen. Formal stimmte Kiew dem zu.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation glaubt dennoch, dass die ukrainische Führung MLRS nutzen wird, um die russischen Regionen anzugreifen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b708d048fbef316431306a.jpg>  
US-Soldaten stehen während der World Defense Show in Saudi-Arabien am 6. März 2022 bei einem M142 High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS)

8:55 de.rt.com: **DVR: Fünf Zivilisten bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte getötet**  
In der Donezker Volksrepublik (DVR) sollen in den vergangenen 24 Stunden fünf Zivilisten beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte getötet und 24 verletzt worden sein. Dies meldete die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes am Dienstag. In dem Bericht heißt es: "In den vergangenen 24 Stunden wurden fünf Tote unter der Zivilbevölkerung in Makejewka und Jasinowataja gemeldet, darunter zwei aus dem zuvor befreiten Gebiet von Swetlodarsk. Vierundzwanzig Zivilisten, darunter zwei Kinder, Geburtsjahr 2007, wurden unterschiedlich schwer verletzt."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 28.06.2022**  
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

37 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

5 Fahrzeuge.

Die Volksmiliz der LVR ruft die ukrainischen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen, zu diesem Zweck werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine eine Rakete mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ und 4 Granaten mit Antipanzergranatwerfern auf Simogorje und Swetlodarsk abgefeuert.**

Infolge von Beschuss **starben in Swetlodarsk 2 Zivilisten und 4 wurden verletzt.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

Außerdem hat gestern die Volksfront humanitäre Hilfe für Soldaten des 6. M. Platon-

Panzergranadierkosakenregiments geliefert, darunter sind Quadropter, Rationen sowie eine große Zahl Uniformen.

9:10 de.rt.com: **Gazprom nimmt Lieferungen über Turkish Stream-Pipeline wieder auf**  
Der russische Gasriese Gazprom habe die vorbeugenden Wartungsarbeiten abgeschlossen und den Gastransport über Turkish Stream wiederaufgenommen. Dies teilte das Unternehmen auf seinem Telegram-Kanal mit.

Die Pipeline war seit dem 21. Juni im Einvernehmen mit allen Beteiligten für planmäßige Wartungsarbeiten geschlossen worden.

Turkish Stream ist eine Exportpipeline, die aus zwei Strängen besteht. Die eine soll Gas von Russland über das Schwarze Meer in die Türkei und die andere nach Süd- und Südosteuropa liefern. Sie hat eine Kapazität von 31,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Der Betrieb der Pipeline wurde im Januar 2020 aufgenommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba88e348fbef349e349bdc.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.6.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 160 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 5 Zivilisten und 24, darunter 2 Kinder, geb. 2007, wurden verletzt**. 28 Wohnhäuser und 12 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“, 4 Schützenpanzerwagen und 2 Panzerfahrzeuge. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Nowomichajlowka wurden beseitigt.

10:05 de.rt.com: **Australien prüft Möglichkeit einer Erhöhung der Militärhilfe für die Ukraine**

Canberra erwägt eine Aufstockung der Hilfe für die Ukraine unter anderem durch eine zusätzliche Lieferung von gepanzerten Bushmaster-Fahrzeugen. Das teilte der stellvertretende

australische Premierminister und Verteidigungsminister Richard Marles am Dienstag mit. Er verkündete, Australien prüfe "neue Möglichkeiten, die Ukraine vor dem Hintergrund der russischen Invasion zu unterstützen, und prüft die Möglichkeit, die Gesamthilfe für das Land zu erhöhen". "Anfragen aus der Ukraine über eine zusätzliche Lieferung von gepanzerten Bushmaster-Armeefahrzeugen und weitere Möglichkeiten der Unterstützung werden in Betracht gezogen", so Marles in einer Rede vor Reportern in Canberra.

Wie der stellvertretende Regierungschef klarstellte, sei nicht die gesamte "zuvor von Australien zugesagte militärische Ausrüstung" an Kiew übergeben worden. Die neue australische Regierung, die im Mai gebildet worden sei, hätte noch keine Zeit, das "neue Paket" anzukündigen. Er betonte:

"Es wird jedoch gerade ausgearbeitet, und ich bin sicher, dass es bald so weit sein wird."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62ba933eb480cc432e223427.jpg>

### 10:19 de.rt.com: **Bloomberg: USA drängt Zypern vergeblich zu einem Verbot russischer Rohöltransporte**

US-Finanzministerin Janet Yellen drängt Zypern dazu, die Verschiffung von Rohöl aus Russland zu verbieten, berichtet Bloomberg. Der zyprische Finanzminister lehne solche Vorschläge der USA jedoch ab.

Wie die Agentur Bloomberg am Dienstag [berichtete](#), versuche die US-amerikanische Finanzministerin Janet Yellen ihre Amtskollegen in der EU zu drängen, Maßnahmen zur Durchsetzung einer Preisobergrenze für Öl aus Russland zu ergreifen. Laut Bloomberg hoffe die US-Regierung, "dass damit die weltweite Versorgung mit Rohöl aufrechterhalten und gleichzeitig die Einnahmen Moskaus begrenzt werden können".

Wie die anonymen Quellen der Agentur mitteilten, habe Yellen am 27. Juni mit dem Finanzminister Zyperns Constantinos Petrides gesprochen. Die USA versuche nun Zypern dazu zu bewegen, ein Verbot für Schiffe "unter zyprischer Flagge zu verhängen, die russisches Öl in Drittländer transportieren", da laut dem US-Finanzministerium dieses Land "Europas größtes Schiffsmanagementzentrum" sei. Nach Angaben von Bloomberg habe der zyprische Finanzminister jedoch Bedenken gegen einen solchen Schritt geäußert, da "viele andere Länder keine Sanktionen gegen Russland verhängen".

Die USA und die EU versuchen wiederholt, den Transport von Öl aus Russland auf dem Seeweg vollständig zu verbieten. So enthielt beispielsweise einer der Entwürfe des sechsten EU-Sanktionspakets gegen Russland den Vorschlag, europäischen Schiffen die Beförderung von russischem Öl zu untersagen. Der Vorschlag scheiterte jedoch, da EU-Länder wie Griechenland und Zypern dem nicht zustimmten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bab13848fbef491d483f45.jpg>

### 10:53 de.rt.com: **Moskau antwortet auf Bombardierungs-Vorwurf**

Ein Luftangriff auf das Waffenlager in der Stadt Kremenschug habe einen Brand in einem benachbarten, geschlossenen Einkaufszentrum ausgelöst, so das russische Verteidigungsministerium.

Die russische Luftwaffe hat einen Präzisionswaffenangriff auf ein Lager mit von den Vereinigten Staaten und den Staaten der Europäischen Union gelieferten Waffen in der Stadt Kremenschug in der Nähe von Poltawa durchgeführt. Das verkündete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, am Dienstag gegenüber Reportern. Er [erklärte](#):

"Am 27. Juni haben russische Präzisionswaffen aus der Luft Hangars mit Waffen und Munition aus den USA und europäischen Ländern in der Stadt Kremenschug, Gebiet Poltawa, in der Nähe der Straßenbaumaschinenfabrik Kremenschug getroffen."

Die Detonation der gelagerten Munition, die für westliche Waffen vorgesehen war, habe einen Brand in einem Einkaufszentrum in der Nähe der Anlage ausgelöst.

Gemeint ist das Einkaufszentrum, das am Montag laut den ukrainischen Behörden angeblich von einem russischen Raketenangriff getroffen worden sein soll.

Die Kiewer Behörden hatten behauptet, dass bei dem mutmaßlichen Angriff viele Zivilisten verwundet und getötet wurden, da das Einkaufszentrum voller Menschen gewesen sei. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte den angeblichen Vorfall sogar "einen der eklatantesten Terroranschläge in der europäischen Geschichte" genannt.

Kremenschug ist eine Stadt in der Zentralukraine, etwa 250 Kilometer südöstlich von Kiew. Das russische Militär hatte zuvor eine große Ö Raffinerie in der Stadt angegriffen, um dem ukrainischen Militär den Treibstoff für seine Fahrzeuge zu entziehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/thumbnail/62bac4fc48fbef324732b91e.jpg>

### Wpered.su: „Hier fliegen nicht einmal Vögel“: Kommunisten aus Tores übergaben Hilfsgüter an Soldaten

Vertreterinnen und Vertreter des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR und der gesellschaftlichen Organisation „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ übergaben humanitäre Hilfe an Soldaten, dies teil ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Die Aktivisten brachten den Soldaten Medikamente, Lebensmittel, Kleidung und Haushaltschemie an die Front. Die Hilfsgüter waren dank nicht gleichgültigen Landsleuten und dem Kollektiv des Kindergarten „Romaschka“ gesammelt worden.

### 11:40 de.rt.com: Argentinien Präsident: Kein Fortschritt im Verhältnis mit Großbritannien ohne Dialog über Malwinen

In diesem Jahr stehen die Beziehungen zwischen Argentinien und Großbritannien im Zeichen des Falklandkrieges, der auch 40 Jahre nach seinem Ende für Streitigkeiten zwischen den Ländern sorgt. Für Argentinien ist die Angehörigkeit der Inselgruppe kein abgeschlossenes Thema.

Der argentinische Präsident Alberto Fernández hat sich am Montag am Rande des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern mit dem britischen Premierminister Boris Johnson getroffen. Nach Angaben der Agentur Télam verhandelten die Politiker eine halbe Stunde lang. Bei dem Treffen thematisierte der argentinische Staatschef die territoriale Zugehörigkeit der Falklandinseln, die in Argentinien als Malwinen bezeichnet werden.

Auf der Presserunde sagte Fernández, Johnson habe ihm für die Beteiligung an dem G7-Gipfel gedankt und sich die Haltung von Buenos Aires zum Ukraine-Krieg angehört. Dann habe er dem britischen Premierminister gesagt:

"Ich will mit Ihnen ehrlich sein: Es ist schwierig, dass wir über andere Themen verhandeln, ohne dass wir über die Malwinen verhandeln."

Auf Twitter schrieb der argentinische Präsident später:

"Argentinien setzt auf Frieden und Achtung des Völkerrechts. Der Kolonialismus ist im 21. Jahrhundert ein Anachronismus und wir müssen ihm ein Ende setzen."

Johnson antwortete seinerseits, dass das Thema seit 40 Jahren geschlossen sei, und verteidigte die Selbstbestimmung der Insulaner.

Fernández erwiderte, dass die Ereignisse von 1982 ein Krieg gewesen seien. Zudem berief er sich darauf, dass das UN-Sonderkomitee für Entkolonialisierung jahrein, jahraus für einen Dialog zwischen den beiden Seiten plädiere. In diesem Sinne sei die Angehörigkeit der Malwinen kein "übriges Thema", sondern es finde Anklang auf den Straßen. In diesem Zusammenhang sei Argentinien bereit, den Dialog darüber wiederaufzunehmen.

Darüber hinaus forderte der argentinische Präsident die Wiederaufnahme des regelmäßigen Flugverkehrs zwischen den Inseln und dem südamerikanischen Kontinent durch die nationale Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas.

Der Falklandkrieg war am 2. April 1982 ausgebrochen. Die im Jahr 1967 in Argentinien an die Macht gekommene Militärdiktatur geriet angesichts der Vorwürfe wegen massiver Menschenrechtsverletzungen allmählich ins Wanken und beschloss, die seit dem Jahr 1833 unter Großbritanniens Kontrolle befindliche Inselgruppe zurückzuerobern. Der Krieg dauerte bis zum 20. Juni desselben Jahres und kostete 649 Argentinern und 255 Briten das Leben. Die Inseln blieben aber im Besitz Großbritanniens.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62babce448fbef310f43766f.jpg>

*Alberto Fernández, Boris Johnson und Mario Draghi beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern, 27. Juni 2022*

11:45 de.rt.com: **Chirurgisches Zentrum in Omsk bekommt 17 Patienten aus Lugansk**

Ein medizinisches Team, das zuvor in die Volksrepublik Lugansk gereist war, um Schwerverletzten zu helfen, hat 17 Patienten aus Lugansk nach Omsk transportiert. Die Menschen werden im Klinisch-Medizinischen und Chirurgischen Zentrum des Gebietes Omsk behandelt, berichtete TASS.

Am Abend des 27. Juni brachten Ärzte aus Omsk die Patienten mit einem Mi-8-Militärhubschrauber nach Rostow, von wo sie mit einer Il-76 zunächst nach Jekaterinburg und dann nach Omsk geflogen wurden. Es wird berichtet, dass 11 der 17 Patienten sich nicht selbständig bewegen können. Sie wurden in das klinische medizinische und chirurgische Zentrum des Gesundheitsministeriums des Gebietes Omsk gebracht.

**nachmittags:**

12:20 de.rt.com: **Russische Luftabwehrkräfte schießen sieben ukrainische Totschka-U-Raketen über der LVR ab**

Die russischen Luftabwehrkräfte haben an einem Tag sieben ukrainische Totschka-U-Raketen über der LVR und zehn MLRS-Raketen über dem Gebiet Charkow und der DVR abgefangen. Das teilte der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow am Dienstag mit.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden seit Beginn der militärischen Sonderoperation insgesamt 218 Flugzeuge, 133 Hubschrauber, 1.382 unbemannte Luftfahrzeuge, 350 Boden-Luft-Raketensysteme, 3.837 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 690 Kampffahrzeuge mit Mehrfachraketenwerfern, 3.037 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 3.889 militärische Spezialfahrzeuge zerstört.

### 13:17 de.rt.com: **Zwei Staaten beantragen BRICS-Mitgliedschaft**

Die wirtschaftliche und politische Gruppe BRICS erfreut sich zunehmender Beliebtheit unter Entwicklungsländern und nach Unabhängigkeit vom globalen Westen strebenden Staaten. So wollen nun auch Iran und Argentinien der Gruppe beitreten. Die Gemeinschaft der BRICS-Mitglieder hat auch neue Projekte im Blick.

Die Islamische Republik Iran hat offiziell ihren Antrag zur Aufnahme in die Gruppe der fünf führenden aufstrebenden Wirtschaftsnationen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gestellt, wie das iranische Außenministerium in Teheran am Montag mitteilte. Dieser Schritt erfolgte, nachdem der iranische Präsident in der letzten Woche auf dem diesjährigen BRICS-Gipfel gesprochen hatte.

Die BRICS-Gruppe sei zwar kein vertraglicher Block, habe aber einen "sehr kreativen Mechanismus mit weitreichenden Aspekten", sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Chatibsadeh, am Montag laut der Nachrichtenagentur Tasnim. Er fügte hinzu, dass Teheran bereits "eine Reihe von Konsultationen" mit BRICS über den Antrag geführt hätte.

Die Mitgliedschaft Irans würde für alle Beteiligten einen "Mehrwert" bedeuten, versprach der iranische Sprecher und wies darauf hin, dass die BRICS-Mitglieder bis zu 30 Prozent des weltweiten BIP und 40 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

Am Freitag hatte der iranische Präsident Ebrahim Raisi auf dem von China ausgerichteten virtuellen BRICS-Gipfel gesprochen und die Bereitschaft Teherans bekundet, die Fähigkeiten und Potenziale Irans mit der Gruppe zu teilen.

Auch Argentinien stellte einen Antrag zur Aufnahme in die BRICS-Gruppe. Präsident Alberto Fernández drängte am Freitag auf die Schaffung von Kooperationsmechanismen, die eine Alternative zu den aus seiner Sicht "privaten Institutionen" darstellen könnten, die vom Westen und im Interesse des Westens geführt werden.

Während der Sitzung am Mittwoch erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass die fünf namensgebenden Mitglieder der Gruppe bereits an der Schaffung einer neuen globalen Reservewährung "auf der Grundlage eines Korbes von Währungen unserer Länder" arbeiten würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bab203b480cc675b002c84.jpg>

### 13:20 de.rt.com: **G7-Staaten stellen 4,5 Milliarden US-Dollar für Ernährungssicherheit bereit**

Im Kampf gegen eine drohende Hungerkrise verpflichten sich die G7-Staaten, weitere 4,5 Milliarden US-Dollar für die weltweite Ernährungssicherheit bereitzustellen. Mehr als die

Hälfte des Betrages werde von den Vereinigten Staaten kommen, sagte ein hochrangiger US-Regierungsvertreter am Dienstag beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau der Deutschen Presse-Agentur zufolge.

Der Beamte sagte, US-Präsident Joe Biden werde beim Gipfel 2,76 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen US-Mitteln für die Bemühungen in über 47 Ländern und regionalen Organisationen zusagen. Zwei Milliarden US-Dollar davon würden zur Rettung von Menschenleben durch direkte humanitäre Maßnahmen eingesetzt. 760 Millionen US-Dollar seien für nachhaltige kurz- und mittelfristige Nahrungsmittelhilfe vorgesehen, hieß es. Die Mittel der G7-Staaten für die globale Ernährungssicherheit summieren sich damit seit Jahresbeginn auf mehr als 14 Milliarden US-Dollar.

Indessen machten die führenden westlichen Wirtschaftsmächte Russland weiterhin für die Blockade ukrainischer Häfen verantwortlich und riefen Moskau am Dienstag in einer Erklärung auf, diese ohne Bedingungen zu beenden. Weizensilos und andere landwirtschaftliche Infrastruktur dürften nicht länger zerstört werden. In dem Papier des G7-Gipfels betonten sie:

"Diese (Aktivitäten) können nur als geopolitisch motivierter Angriff auf die globale Ernährungssicherung gewertet werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62baca5a48fbef30086f4eca.jpg>

#### 14:10 de.rt.com: **LVR-Innenministerium: Kiew will Situation in Kremenchug zur Provokation im Stil von Butscha ausnutzen**

Durch die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates nach den Ereignissen in der ukrainischen Stadt Kremenchug will Kiew offenbar diese Situation auf dieselbe Weise darstellen, wie es zuvor mit der ukrainischen Provokation in Butscha der Fall war. Dies erklärte der Assistent des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Witali Kisseljow, am Dienstag gegenüber RIA Nowosti.

Ihm zufolge wurden in den Hangars in der Nähe eines stillgelegten Einkaufszentrums in Kremenchug Munition gelagert und ukrainische Kämpfer ausgebildet. Dieses war am Montag durch eine Detonation des Waffenlagers infolge eines Präzisionswaffenangriffs der russischen Luftwaffe in Flammen aufgegangen, wie das russische Verteidigungsministerium zuvor berichtet hatte. Nun werde man in der Ukraine jedoch versuchen, den Vorfall für einen russischen Raketenangriff auf das Einkaufszentrum mit Dutzenden Toten auszugeben und dieses Thema in den Medien auf Hochtouren laufen zu lassen, so Kisseljow. In seinem Telegram-Account führte er aus:

"Deswegen wird diese Fälschung jetzt immer weiter aufgebauscht, und es wird erzählt, dass die russischen Truppen eine Rakete abgefeuert hätten und eine Million Menschen ums Leben gekommen seien."

Die Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Lage in der Ukraine ist für Dienstag angesetzt. Zuvor

hatte der Erste Stellvertretende Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, angedeutet, dass es sich bei den Geschehnissen in Kremenchug um eine ukrainische Provokation im Stil von Butscha handele. In der Angelegenheit gebe es bereits zu viele eklatante Ungereimtheiten. Das sei genau das, was Kiew brauche, damit die Ukraine im Vorfeld des NATO-Gipfels weiter im Fokus bleibe, meinte der Diplomat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bae91ab480cc2ecf5701ab.jpg>

*Brand am Einkaufszentrum in Kremenchug im Gebiet Poltawa, 27. Juni 2022*

#### 14:35 de.rt.com: **Medienbericht: Immer mehr Bundeswehrsoldaten verweigern den Dienst**

Nach Recherchen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) nimmt die Zahl der Soldaten, die den Dienst bei der Bundeswehr beenden möchten, aktuell rasant zu. Seit Jahresbeginn habe das hierfür zuständige Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben 533 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung erhalten (Stand vom 2. Juni 2022), meldete das RND am Wochenende.

Die Verweigernden begründeten ihre Anträge häufig damit, "dass sie mit einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht gerechnet hätten", sagte ein Sprecher des Bundesfamilienministeriums der taz. Die Folge:

"Im Dienst befindliche Soldaten sind nach der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer alsbald zu entlassen."

Laut Recherchen von RT DE hat sich die Stimmung in der Truppe seit Jahresbeginn verschlechtert. Insbesondere Soldaten und Offiziere aus dem Kreis der Spätaussiedler, die einen überproportionalen Anteil am Personal der Bundeswehr ausmachen, sind von der Aussicht, in einen Krieg gegen Russland zu ziehen, alles andere als begeistert. Die meisten hält derzeit nur der Sold vor dem Quittieren des Dienstes zurück.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bad87ab480cc675b002cc3.jpg>  
g

**14:35 de.rt.com: Ukrainisches Militär beschießt LVR erstmals mit US-amerikanischen HIMARS-Raketen**

Am Montagmorgen haben ukrainische Streitkräfte mit einem US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfer einen Angriff auf Perewalsk in der Volksrepublik Lugansk durchgeführt. Wie die LVR-Vertretung des Gemeinsamen Zentrums für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes via Telegram mitteilte, schossen die feindlichen Kräfte eine Rakete dieses Typs auf die Stadt ab.

Nach Angaben des Obersleutnants der LVR-Volksmiliz Andrei Marotschko war dies der erste Fall, dass das ukrainische Militär Waffen dieses Typs gegen Ziele in der LVR einsetzte.

**15:20 de.rt.com: Kremlsprecher Peskow: Selenskij könnte militärische Sonderoperation auf Wunsch bis Tagesende stoppen**

Die ukrainischen Behörden könnten die Feindseligkeiten innerhalb weniger Stunden beenden, wenn sie dies wünschten, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow in einem Kommentar zu Berichten, wonach sich Präsident Wladimir Selenskij die Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine bis Winter erhoffe. Er sagte gegenüber Reportern:

"Die ukrainische Seite kann alles bis zum Ende des laufenden Tages beenden. Man muss den nationalistischen Einheiten und den ukrainischen Militärs befehlen, die Waffen niederzulegen, und die Bedingungen der Russischen Föderation erfüllen. Bis zum Ende des Tages kann alles vorbei sein. Der Rest sind schon die Überlegungen des ukrainischen Staatsoberhauptes."

Peskow fügte hinzu, dass sich die russische Seite bei der militärischen Sonderoperation in der Ukraine an die Erklärungen des russischen Staatschefs Wladimir Putins richte, wonach "die militärische Sonderoperation planmäßig verläuft und ihre Ziele erreicht". Er merkte an, dass die ungefähren Fristen der Beendigung des Militäreinsatzes noch nicht feststünden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62baf2dab480cc2dd65f999b.jpg>

### 15:28 de.rt.com: **Medienbericht: Produktion im BASF-Werk in Ludwigshafen durch Gasmangel bedroht**

Der Chemiekonzern BASF könnte laut einem Bericht im "Wall Street Journal" die Produktion in seinem größten Werk in Ludwigshafen wegen reduzierter Bereitstellung von Erdgas aus Russland einstellen müssen. US-Farmer beklagen bereits die Knappheit von und Rekordpreise bei Herbiziden und warnen vor Ernteverlusten.

Der deutsche Chemiegigant BASF könnte gezwungen sein, die Produktion in seinem weltgrößten Chemiewerk in Ludwigshafen einzustellen, berichtete das Wall Street Journal am Montag unter Verweis auf die Verknappung des in Deutschland bisher billigen und reichlich verfügbaren Erdgases aus Russland. Aktuell arbeiten in dem betroffenen Stammwerk rund 39.000 Menschen.

Der Konzern bezieht seit Jahren russisches Erdgas sowohl zur Stromerzeugung als auch andererseits als Rohstoff für die Produktion diverser Chemieprodukte. Im BASF-Stammwerk in Ludwigshafen werden sowohl medizinische Produkte wie Desinfektions- oder Reinigungsmittel als auch Produkte hergestellt, die etwa in der Autoindustrie oder für Verpackungen in der Lebensmittelindustrie gebraucht werden.

Dem [Bericht](#) der US-Wirtschaftszeitung zufolge würden sich allerdings nun die weiter sinkenden russischen Gaslieferungen als ernste Bedrohung für das riesige Produktionszentrum des weltgrößten Chemie-Unternehmens erweisen. In der Zeitung wird der BASF-Chefökonom und Vizepräsident Dr. Peter Westerheide mit den Worten zitiert: "Die Produktion an diesem Standort zu drosseln, wird eine gewaltige Aufgabe sein."

"Eine solche Situation haben wir noch nie erlebt. Es ist schwer, sich so etwas vorzustellen."

Der Chemiekonzern hatte in der Vergangenheit immer wieder betont, sollte die Gasversorgung unter etwa 50 Prozent des maximalen Bedarfs sinken, müsste der Betrieb bei BASF komplett eingestellt werden.

Erst Ende April hatte der BASF-Chef Martin Brudermüller auf der Hauptversammlung des Unternehmens erklärt, dass Russland bisher rund 50 Prozent des deutschen Erdgasverbrauchs deckte. "Damit bilden die russischen Gaslieferungen die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Auch für BASF in Ludwigshafen", wurde Brudermüller in einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa zitiert. Das seien Realitäten, so BASF-Chef. Er sprach sich damals entschieden gegen ein von vielen EU-Ländern gefordertes Embargo gegen russisches

Erdgas aus. Bruder Müller warnte damals bereits:

"Wenn über Nacht die Erdgaslieferungen aus Russland wegfallen, würde das zu einer irreversiblen Schädigung der Volkswirtschaft führen."

Mit einer Fläche von etwa zehn Quadratkilometern entfallen auf den Ludwigshafener BASF-Anlagenkomplex mit rund 200 Werken etwa 4 Prozent des gesamten Erdgasbedarfs von Deutschland. Etwa 60 Prozent des in diesen Anlagen verwendeten Energieträgers sind für die Stromerzeugung bestimmt, während die restlichen 40 Prozent als Ausgangsmaterial für die Herstellung von chemischen Produkten dienen, wie etwa Ammoniak und Acetylen in Größenordnungen.

Anfang dieses Monats mussten die russischen Gaslieferungen nach Deutschland durch die seit über zehn Jahren erfolgreich betriebene Unterwasserpipeline Nord Stream 1 aufgrund technischer Probleme im Zusammenhang mit den westlichen Sanktionen gegen die Lieferungen von Siemens-Anlagenteilen aus Kanada nach Russland um bis zu 60 Prozent gekürzt werden. Als Reaktion auf diese Krise sprach die Bundesregierung von willkürlichen Liefereinschränkungen durch Russland und [verhängte](#) die sogenannte zweite "Alarmstufe" eines dreistufigen Gas-Notfall-Plans. Die Bundespolitiker in Berlin warnten davor, dass Deutschland angesichts der abnehmenden Gaslieferungen aus Russland mit einer ernsthaften Verknappung konfrontiert werde. Die deutschen Erdgas-Speicher seien erst wieder zu 58 Prozent gefüllt.

Die Folgen der Energieknappheit bei BASF könnten die ohnehin zuletzt gestiegenen Preise bei Pflanzenschutzmitteln weiter in die Höhe gehen lassen. Schon vor Monaten hatten Analysten davor gewarnt, dass es bei einer Unterbrechung der Erdgasversorgung der großen Hersteller von Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden auch zu einer Unterbrechung der Wirkstoffproduktion kommen könne.

Die Pflanzenschutzmittel sind bereits jetzt auf dem Weltmarkt sehr knapp und sehr teuer. Wie es in einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters heißt, hätten US-Landwirte den Einsatz gängiger Unkrautvernichtungsmittel bereits eingeschränkt und ihre Anbaupläne wegen der anhaltenden Verknappung von Agrarchemikalien geändert. Unter Verweis auf Äußerungen von Branchenvertretern berichtet Reuters, dass die Preise für die Herbizide Glyphosat und Glufosinat im Vergleich zum letzten Jahr um mehr als 50 Prozent gestiegen seien. Die Kosten für Glyphosat stiegen demnach von weniger als 20 US-Dollar pro Gallone (rund 4,5 Liter) Mitte 2021 auf mittlerweile 50 bis 60 US-Dollar pro Gallone.

Auch in Deutschland seien die Preise für Herbizide zuletzt um rund 16 Prozent [gestiegen](#). Das Sprühen kleinerer Mengen von Herbiziden und die Verwendung weniger wirksamer Fungizide werden laut Farmern das Risiko erhöhen, dass Unkraut und Krankheiten die Getreideproduktion zu einem Zeitpunkt beeinträchtigen, zu dem die weltweite Getreideversorgung ohnehin bereits knapp sei.

Shawn Inman, Inhaber eines Vertriebsunternehmens in Bundesstaat Indiana, erklärte gegenüber Reuters, dass das Angebot an Pflanzenschutzmitteln derzeit so knapp sei wie seit 24 Jahren nicht mehr.

Einer der Gründe dafür seien auch die Null-COVID-Strategie Chinas und die verhängten Lockdowns, die auch Lieferverzögerungen zur Folge hatten. Das Land in Fernost zählt zu den größten Herstellern von Pflanzenschutzmitteln. BASF seinerseits erklärte diesbezüglich gegenüber Reuters, dass sich die Versorgungslage mit Glufosinat und anderen Herbiziden im nächsten Jahr nicht wesentlich verbessern werde.

Die US-Landwirte haben allerdings zudem auch mit dort ungewöhnlich hohen Kraftstoffpreisen zu kämpfen. Vor allem die Rekordpreise für Dieselmotorkraftstoff machen den Farmern zu schaffen. Demnach hätten diese Preise auch zu einer Verdoppelung der Kosten für die Aussaat geführt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bacd4eb480cc318911137a.jpg>  
*Stammwerk von BASF in Ludwigshafen*

15:40 de.rt.com: **Modi bekräftigt den Standpunkt Neu-Delhis zur Ukraine-Krise**

Indiens Premierminister Narendra Modi hat auf dem Gipfel der Gruppe der Sieben (G7) in Deutschland die Position seines Landes zur Krise in der Ukraine bekräftigt, die eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und eine Beilegung durch Dialog vorsieht. Dies erklärte der Erste Stellvertretende Außenminister Indiens Vinay Kwartia am Dienstag auf einer Pressekonferenz.

Der Diplomat sagte, dass Modi bei seinen Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der G7 und eingeladenen Ländern "die Auswirkungen des Konflikts auf die Ernährungssicherheit, insbesondere in gefährdeten Ländern", erörtert habe. Kwartia sagte auch, dass die Teilnahme des indischen Regierungschefs am G7-Gipfel zeige, "dass Indien von allen geschätzt und als ein Land gesehen wird, das Lösungen anbietet".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bad37448fbef2bde3a04b0.jpg>

*Bundeskanzler Olaf Scholz begrüßt den indischen Premierminister Narendra Modi bei der Outreach-Arbeitssitzung am zweiten Tag des G7-Gipfels*

15:55 de.rt.com: **USA kündigen "langfristig" mehr Militärpräsenz in Europa an**

Die USA wollen ihre militärische Präsenz in Europa dauerhaft verstärken. Am Mittwoch sollen laut Aussage von Jake Sullivan, dem nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, spezifische Ankündigungen über "langfristige" zusätzliche Kräfte zu Land, zu Wasser und in der Luft gemacht werden.

Die Zusagen würden "über die Dauer" der Krise zwischen Russland und der Ukraine "hinausgehen". Unter anderem sollen zu den bereits vier Zerstörern, die auf der von den Vereinigten Staaten mitgenutzten Militärbasis Rota in Spanien stationiert sind, noch zwei weitere dazu kommen.

Sullivan deutete auch eine Erhöhung der Kräfte an der NATO-Ostflanke an, nannte aber keine Details. Es gehe darum, "einer akuterer und verschärfter russischer Bedrohung Rechnung zu tragen", so Sullivan.

In Europa befinden sich inzwischen mehr als 100.000 US-Soldaten. Die USA schlossen bereits in den vergangenen Monaten eine dauerhaft höhere Truppenpräsenz nicht aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb0ebcb480cc2dfa1836c7.jpg>

#### 16:10 de.rt.com: **Ungarn bekräftigt seine Haltung zu Russland-Sanktionen**

Ungarn will sich in seinen Beziehungen zu Moskau nicht belehren lassen und plant keine "radikalen Sanktionen" gegen Russland, erklärte der ungarische Botschafter in Deutschland, Péter Györkös, am Montag in einem Interview mit der Welt.

Györkös erklärte, dass "niemand" Ungarn über seine Beziehungen zu Russland belehren sollte. Zudem fügte er hinzu, dass Budapest "aus seiner Geschichte weiß", dass eine Konfrontation mit Moskau mit allen Mitteln vermieden werden sollte.

Ungarn habe alle gegen Russland verhängten EU-Sanktionen bis zur sechsten Runde unterstützt, zu denen auch erhebliche Energiebeschränkungen gehörten, so der Diplomat. Sein Land sei aber von russischen Lieferungen abhängig. Es würde "Zeit und Geld kosten, die Abhängigkeit zu verringern", weshalb sich Budapest bisher geweigert habe, "radikale Sanktionen" zu unterstützen und gegen einen "sofortigen Stopp der Energieimporte" sei. Im Interview verteidigte der Botschafter nochmals die Entscheidung Ungarns, keine Waffentransporte an die Ukraine über sein Territorium zuzulassen. Er wies darauf hin, dass viele Angehörige ungarischer Minderheiten, die auf der ukrainischen Seite der Grenze leben, potenziell in Gefahr geraten könnten. Denn Waffenlieferungen seien aus Sicht Moskaus legitime militärische Ziele. Die Kritik aus Kiew diesbezüglich nannte Györkös "irritierend".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bafa2db480cc2dd65f99b5.jpg>

*Das Parlamentsgebäude in der ungarischen Hauptstadt Budapest*

16:35 de.rt.com: **Scholz fordert China auf, Russland-Sanktionen einzuhalten**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat China dazu aufgerufen, die gegen Russland verhängten internationalen Sanktionen nicht zu unterlaufen. Am Dienstag sagte er zum Abschluss des dreitägigen G7-Gipfels in Bayern:

"Und darauf bestehen wir auch in allen Gesprächen, die wir führen."

Bei dem Treffen hätten sich die Staats- und Regierungschefs einander noch einmal versichert, "dass wir das auch gemeinsam weiter tun werden", so Scholz.

Die G7 riefen Peking zudem zur Einhaltung der Menschenrechte auf. Mit Blick auf die Weltwirtschaft kritisierten die Staats- und Regierungschefs außerdem die "intransparenten und marktverzerrenden Interventionen" Chinas.

Es sei notwendig, bei globalen Herausforderungen mit China zu kooperieren, hieß es in der Abschlusserklärung des Gipfels. Insbesondere gelte das etwa bei der Bewältigung des Klimawandels.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62baf8aeb480cc44ce67f03a.jpg>

*Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer Pressekonferenz am letzten Tag des dreitägigen G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern, 28. Juni 2022*

17:00 de.rt.com: **Macron: "Russland kann und darf nicht gewinnen"**

Nach dem dreitägigen G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern, wo auch der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ein Thema war, erklärte Frankreichs Präsident Emmanuel

Macron:

"Russland kann und darf nicht gewinnen."

Die Unterstützung der westlichen Länder für Kiew sowie die Sanktionen des Westens gegen Moskau "bleiben daher so lange wie nötig und so stark wie nötig bestehen". So solle entweder ein vollständiger Sieg der Ukraine erreicht werden oder die Möglichkeit, zu von den Ukrainern bestimmten Bedingungen zu verhandeln. Macron betonte:

"Es gibt keine anderen Optionen, die die G7 oder Frankreich unterstützen."

Laut dem französischen Staatschef sei das Ziel Russlands "die Kapitulation der Ukraine". Ein baldiges Ende des Kriegs sei Macron zufolge nicht erkennbar.

"Niemand rechnet mit einem Kriegsende in den nächsten Wochen oder Monaten."

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte laut Teilnehmerkreisen beim G7-Gipfel mit Blick auf die Härten des Winters gesagt, er wünsche ein Kriegsende noch in diesem Jahr.

Macron erklärte nun, er hoffe sehr, dass dies erreicht werde.

Nach dem Treffen der G7-Staaten – Deutschland, Frankreich, die USA, Kanada, Großbritannien, Italien und Japan – findet nun am Mittwoch und Donnerstag ein NATO-Gipfel in der spanischen Hauptstadt Madrid statt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb05fe48fbef310f4376f8.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 28. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol Arbeiten zur Montage einer Funkrelaisverbindung nach Kremenewka ausgeführt. In Kljutschewoje wurde eine Mobilfunkbasisstation in Betrieb genommen. In Mariupol wird das Netz von Basisstationen ausgeweitet, es wurde ein Monitoringsystem für Störungen im Netz in Betrieb genommen. An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3400 Menschen. Spezialisten des Verkehrsministeriums der DVR haben 250 Quadratmeter Straße abgefräst und 25 Tonnen Asphaltbeton auf der Straße Kremenewka – Jalta gelegt.

An den Eisenbahnstationen Mariupol, Kaltschik, Karan, Wolnowacha und Satschatjewskaja wurden Arbeiten zur Reparatur der Gleise durchgeführt. An den Eisenbahnstationen in Wolnowacha, Chlebodarowka, Aslanowo-Sartana und Weliko-Anadol wurden Arbeiten zur Installation von Oberleitungen durchgeführt. An den Stationen Satschatjewskaja, Mariupol und Mariupol-Hafen erfolgen Arbeiten zum Wiederaufbau und zur Reparatur von Dächern und zum Austausch von Fensterblöcken.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 6,6 Hektar Territorium untersucht und 296 explosive Objekte entschärft**.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

**Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.**

**Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.**

17:19 de.rt.com: **Putin will am G20-Gipfel teilnehmen – ungeachtet westlicher Proteste**  
Wie ein Berater des russischen Präsidenten mitteilte, beabsichtigt Putin, zu dem Treffen nach Indonesien zu reisen, obwohl westliche Vertreter den Ausschluss Moskaus gefordert haben. Am G20-Gipfel nehmen die Staats- und Regierungschefs der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt teil.

Der russische Präsident Wladimir Putin beabsichtigt im November am G20-Gipfel in Indonesien teilzunehmen, teilte der Kreml am Montag mit. Während mehrere westliche Staatsoberhäupter den Ausschluss Russlands von der Veranstaltung gefordert haben, hat der indonesische Präsident Joko Widodo, der das diesjährige Treffen ausrichtet, Putin zu der Zusammenkunft auf Bali eingeladen.

Der russische Berater des Präsidenten, Juri Uschakow, kündigte Putins Vorhaben an, beim Treffen der Wirtschaftsmächte dabei zu sein, erklärte jedoch gegenüber Medienvertretern, dass noch unklar ist, in welcher Funktion der russische Staatschef teilnehmen werde. "Ich hoffe, dass die Pandemie es erlaubt, dieses wichtige Forum persönlich abzuhalten, aber ich kann nicht raten", sagte Uschakow.

Beim G20-Gipfel treffen sich die Staats- und Regierungschefs der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt. Neben den europäischen Staatsoberhäuptern sind auch Vertreter der Europäischen Union anwesend. Mehrere internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation, werden jedes Jahr als Gäste eingeladen.

### **"Zu Dialog einladen und den Krieg beenden"**

US-Präsident Joe Biden hatte Widodo im März aufgefordert, Putin vom diesjährigen Treffen auszuschließen, während der kanadische Premierminister Justin Trudeau erklärte:

"Man kann nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn Wladimir Putin am Tisch sitzt und so tut, als sei alles in Ordnung. Denn es ist nicht in Ordnung und es ist seine Schuld."

Der indonesische Staatschef gab dem Druck der Kampagne jedoch nicht nach und lud Putin wie geplant ein. Zudem hat er auch den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij aufgefordert, im November nach Bali zu reisen.

Widodo nahm am vergangenen Wochenende als Gast am G7-Gipfel in Deutschland teil und wird nach seiner Abreise am Sonntag nach Kiew und Moskau reisen, um sich mit Selenskij und Putin zu treffen. In einem Twitter-Beitrag am Wochenende erklärte der Spitzenpolitiker, er wolle "die beiden Staatsoberhäupter zu einem Dialog einladen und den Krieg beenden".

### **"Widersprüchliche Aussagen Selenskij"**

Seine Bemühungen könnten jedoch vergeblich sein. Seit Beginn des Konflikts im Februar schwankt Selenskij zwischen der Forderung nach Verhandlungen und dem Versprechen, die Donbass-Republiken und die Krim mit Gewalt zu erobern. Während die Staats- und Regierungschefs der G7 angeblich versprochen, die Ukraine so lange bewaffnet und über Wasser zu halten, "wie es nötig ist", soll Selenskij am Wochenende einem französischen Diplomaten gesagt haben, er werde "verhandeln, wenn er dazu in der Lage sei".

Während Russland eine Rückkehr an den Verhandlungstisch nicht ausgeschlossen hat, erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, dass Selenskij's "widersprüchliche Aussagen" es "unmöglich machen, die Absichten [Kiew] vollständig zu verstehen und zu erkennen, ob es bereit ist, nüchtern zu bleiben und den wahren Stand der Dinge anzuerkennen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62baeb6bb480cc2dd65f998c.jpg>

**abends:**

18:00 de.rt.com: **LVR: Nur noch die Stadt Lissitschansk von ukrainischen Streitkräften gehalten**

Die Stadt Lissitschansk sei der letzte Stützpunkt des ukrainischen Militärs in der Volksrepublik Lugansk, die Volksmiliz kontrolliere 98 Prozent des Gebiets der LVR, erklärte der Oberstleutnant der Lugansker Volksmiliz Andrei Marotschko. In einer Sendung des russischen Ersten Kanals sagte er:

"Das ist der letzte Stützpunkt der ukrainischen Nationalisten auf dem Gebiet der Lugansker Volksrepublik. Wir haben schon 98 Prozent des Republikgebiets befreit."

Die ehemals auf dem Gebiet der LVR stationierten ukrainischen Verbände seien nun ausschließlich in Lissitschansk konzentriert, fügte Marotschko hinzu.

Parallel dazu erklärte der Botschafter der LVR in Russland, Rodion Miroshnik, in einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live, dass ukrainisches Militär nicht mehr in der Lage sei, die Stadt zu halten. Er berichtete unter Verweis auf einheimische Zivilisten:

"Einige Verbände versuchen, Lissitschansk zu verlassen. Obwohl die Hauptstraßen blockiert und in Feuerreichweite sind, versuchen ukrainische Militärs über Wälder, Felder, irgendwelche geheime Pfade Lissitschansk zu verlassen. Sie verstehen, dass Lissitschansk erledigt ist. Lissitschansk wird kapitulieren, sie haben keine Kräfte, um die Stadt zu halten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb112748fbef349e349c8f.jpg>

*Ansicht von Lissitschansk, Aufnahme vom 23. Juni*

18:30 de.rt.com: **Ex-Bürgermeister von Cherson festgenommen**

Der stellvertretende Leiter der regionalen Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson,

Kirill Stremoussow, hat die Festnahme des ukrainischen Bürgermeisters von Cherson, Igor Kolychajew, gemeldet. Er teilte gegenüber RIA Nowosti mit:

"Ex-Bürgermeister Kolychajew wurde festgenommen – ein Mensch, der als Bürgermeister ein Held für das Nazi-Milieu ist. Ein Mensch, der die Prozesse offen verhöhnt und dazu aufgerufen hat, diese zu ignorieren. Ein Mensch, der dem Entnazifizierungsprozess großen Schaden zugefügt hat."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bb2d17b480cc7f9715de25.jpg>

Das Gebäude der Stadtverwaltung in Cherson, Aufnahme vom 9. April

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 28.06.22**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**So hat der Gegner seit Beginn des heutigen Tages** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 140 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152 und 122mm sowie 82mm- und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk wurde **eine Einwohnerin, geb. 1941, verletzt**. 8

Wohnhäuser, 2 Fahrzeuge und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Infolge des Beschusses von Golmowskij wurden 17 Umspannwerke von der Stromversorgung abgeschnitten, 1706 Verbraucher hatten keinen Strom.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Schützenpanzerwagen und ein Panzerfahrzeug. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

Außerdem teilen wir mit, dass **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausübung ihrer militärischen Pflicht **verletzt** wurden.

### 19:00 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk kontrolliert 60 Prozent ihres Gebiets**

Der Pressesprecher der Donezker Volksmiliz Eduard Basurin hat der Nachrichtenagentur TASS mitgeteilt, dass die Streitkräfte der DVR jetzt etwa 60 Prozent des Territoriums der Republik kontrollieren würden. Zuvor hatte der Stab der Territorialverteidigung der DVR mitgeteilt, dass die Streitkräfte der Donbassrepubliken und Russlands 239 Ortschaften auf dem Gebiet der DVR unter ihre Kontrolle gebracht hätten.

Basurin fügte hinzu, dass gegenwärtig für die DVR wichtig sei, den Beschuss des Territoriums der Republik mit den von den USA an die Ukraine gelieferten HIMARS-Raketenwerfern zu verhindern. Der Beschuss der Stadt Perewalsk in der Lugansker Volksrepublik am heutigen Dienstag war der erste Einsatz von HIMARS-Waffen im Donbass.

19:10 de.rt.com: **Russischer Militärkorrespondent: Die Stadt Lissitschansk ist komplett eingekesselt**

Die letzte von der Ukraine gehaltene Stadt in der Volksrepublik Lugansk ist eingekesselt. Das teilte der russische Militärkorrespondent Semjon Pegow auf dem Telegram-Kanal [WarGonzo](#) mit. Bis zu 1.500 ukrainische Militärangehörige befänden sich im Stadtgebiet.

Das Vordringen der Unionskräfte ins Zentrum der Stadt sei schwierig, weil die Ukrainer Feuerstellungen in den Hochhäusern bezogen hätten. "Nach unseren Informationen benutzen sie die Zivilisten als menschliches Schutzschild wie in Mariupol", sagte Pegow. "Sie haben nicht so viel Munition und hoffen noch auf einen Durchbruch."



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Yza54MxijRG6rQG6Yh0zU7qy1i-G34so9Xm\\_wBkeP5LJyjQXyv4qVMV2jImLXWZn4rXKQxsZ7FqOsgv6vZ-OoPNonTNmwp9xqnRaKYGRaKTu\\_pfSQYil14Kv64Op-MN5SFanY7XXtNqku00Pd0uT6f2v7fpoQSbXqKXRz-af6FwVtTzdVGWcZfDy4kKa\\_G-o4RWtgewer3YWEH6LiTZ5YXGsqncVrlh2E6avxPub8gAce3wskB20WuQRUri3hW8cZBDHmosjpZnldcLE8hCKrhq76aMzWPVwReAnJyssZAxw8HT\\_qhh0QMP2cGcYMkzbRZMahNxhe89I\\_yh3ztu6sQ](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Yza54MxijRG6rQG6Yh0zU7qy1i-G34so9Xm_wBkeP5LJyjQXyv4qVMV2jImLXWZn4rXKQxsZ7FqOsgv6vZ-OoPNonTNmwp9xqnRaKYGRaKTu_pfSQYil14Kv64Op-MN5SFanY7XXtNqku00Pd0uT6f2v7fpoQSbXqKXRz-af6FwVtTzdVGWcZfDy4kKa_G-o4RWtgewer3YWEH6LiTZ5YXGsqncVrlh2E6avxPub8gAce3wskB20WuQRUri3hW8cZBDHmosjpZnldcLE8hCKrhq76aMzWPVwReAnJyssZAxw8HT_qhh0QMP2cGcYMkzbRZMahNxhe89I_yh3ztu6sQ)

19:13 de.rt.com: **Erdoğan bekräftigt Willen zum weiteren Einmarsch in Syrien**

Der türkische Staatschef betonte, dass die türkische Militäroperation im Nachbarland Syrien starten würde, sobald die Vorbereitungen hierfür abgeschlossen sind. Die Türkei werde es niemals erlauben, durch einen "terroristischen Korridor" eingekreist zu werden.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat am Montag während einer Kabinettsitzung erklärt, dass seine Regierung an den bereits angekündigten Plänen für einen weiteren Einmarsch in Syrien festhalte, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtet. Der türkische Präsident erklärte:

"Sobald wir unsere Vorbereitungen abgeschlossen haben, um die Mängel des Sicherheitskorridors zu beseitigen, den wir an der syrischen Grenze zu schaffen begonnen haben, werden wir auch dort neue Operationen starten."

Erdoğan erklärte, dass die Türkei zu den Ländern gehöre, die am meisten Erfahrung im Kampf gegen den Terrorismus besitzen. Die türkische Regierung setze ihr Konzept zur nationalen Sicherheit und Verteidigung, das auf der Bekämpfung von Terrorismus und regionalen Krisen an ihrer Quelle beruhe, erfolgreich um, so Erdoğan. Er fuhr fort:

"Mit unseren grenzüberschreitenden Operationen, unserer Unterstützung für befreundete und brüderliche Länder und unserer prinzipienfesten Haltung im Kampf gegen den Terrorismus

und unserer humanitären Sensibilität auf internationalen Plattformen zeigen wir in jedem Bereich, dass wir anders sind. Wir haben Versuche vereitelt und werden sie auch weiterhin vereiteln, die Türkei durch einen terroristischen Korridor einerseits und durch einige Länder, die provoziert und ausgerüstet werden, andererseits einzukreisen."

Ankara bringe bei jeder Gelegenheit zur Sprache, dass es die Türkei keinem Akteur, der die Sicherheitsbedenken, menschlichen Gefühle und Entwicklungsziele der Türkei nicht respektiere, erlauben werde, die Macht und Möglichkeiten der Türkei auszunutzen. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine habe erneut gezeigt, dass es Ländern, die keine eigenen Visionen, Ziele und Projekte haben, sehr schwer gehe.

Die Türkei hingegen habe in den letzten 20 Jahren durch die Etablierung einer Demokratie und einer Entwicklungsinfrastruktur Möglichkeiten geschaffen und diese ausgenutzt, die sie von anderen Staaten unterscheiden würden. Dazu erklärte der türkische Staatschef:

"Das ist der Grund für die Bauchschmerzen derjenigen, die unser Land auf Kosten der Verleugnung ihrer eigenen Theorien, ihrer eigenen Kriterien und ihrer eigenen Praktiken belasten. Wir wissen, dass die gegen uns gerichtete Kritik nicht auf unsere Unzulänglichkeiten oder Fehler zurückzuführen ist, sondern darauf, dass die Türkei ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt und den Weg weiterverfolgt, den sie eingeschlagen hat."

Erdoğan betonte zudem, dass Anstrengungen dafür, die Türkei durch Ablenkungen von ihren Zielen abzuhalten und ihre Einheit zu untergraben, dazu verurteilt seien zu scheitern.

Der türkische Präsident erklärte, dass die Militäroperation der türkischen Streitkräfte im Irak erfolgreich laufen würde. Auch werde sich die Türkei niemals davor scheuen, Schritte zu unternehmen, um ihre Rechte im Mittelmeer und in der Ägäis zu verteidigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62bab80d48fbef310f437663.jpeg>

19:25 de.rt.com: **Bulgarien weist 70 russische Diplomaten und Botschaftsmitarbeiter aus**  
Bulgarien hat beschlossen, 70 Diplomaten und technische Mitarbeiter der russischen Botschaft auszuweisen. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf die diplomatische Vertretung in der bulgarischen Hauptstadt Sofia.

Nach Angaben des bulgarischen Ministerpräsidenten Kiril Petkow wurde das Personal der diplomatischen Mission der Spionage verdächtigt. Eine TASS-Quelle im russischen Außenministerium erklärte, Moskau werde auf die Maßnahmen Sofias reagieren.

Letzte Woche hatte Petkow Russland beschuldigt, bei Misstrauensvotum für seine Regierung mitgewirkt zu haben. Das Misstrauensvotum hatte die Oppositionspartei GERB des Ex-Ministerpräsidenten Bojko Borissow eingebracht und konnte dafür am 22. Juni eine knappe Mehrheit erringen.

Am nächsten Tag erklärte der stramm prowestliche Politiker und ehemalige Staatsbürger Kanadas Petkow, dass mehrere Politiker für das Misstrauensvotum gegen seine Regierung verantwortlich seien, darunter Eleonora Mitrofanowa, die russische Botschafterin in

Bulgarien.

Nach Angaben der russischen Zeitung Kommersant werden der Botschaftsrat, Generalkonsuls in Varna und Russe und der Direktor eines Kultur- und Informationszentrums ausgewiesen.

"Unsere Dienste haben sie als Personen identifiziert, die weitgehend mit den russischen Geheimdiensten in Verbindung stehen und gegen die Interessen unseres Landes handeln. (...) Jeder, der gegen die Interessen Bulgariens arbeitet, wird zurückgeschickt", sagte Petkow dem Bulgarischen Nationalen Fernsehen (BNT).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb32d5b480cc7e1c08640d.jpg>

*Der bulgarische Ministerpräsident Kiril Petkow spricht im Parlament am Tag der Abstimmung für Misstrauensvotum gegen seine Regierung am 22. Juni*

#### 20:45 de.rt.com: **Stellvertretende Botschafterin Russlands bei den Vereinten Nationen nennt UN-Sicherheitsrat Plattform für westliche Fake News**

Auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am heutigen Dienstag hat die stellvertretende Botschafterin Russlands bei den Vereinten Nationen Anna Jewstignejewa den westlichen Staaten vorgeworfen, den Sicherheitsrat für Fake News und Propaganda im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt zu nutzen. Sie erklärte:

"Man nutzt Anschuldigungen in Abwesenheit, Sabotage, Diktat, Manipulationen. In einigen Fällen, wie beispielsweise im Fall der Ukraine, nimmt es absurde Züge an. Der Sicherheitsrat ist zu einer Arena für die Verkündung von Fake News und propagandistischer Rhetorik vonseiten der westlichen Länder geworden. Dabei wird die westliche Meinung a priori als die einzig richtige dargestellt."

Die Diplomatin warnte vor einer Instrumentalisierung des Sicherheitsrats für spezifische Interessen einzelner Länder:

"Die Praxis, bei der einzelne Mitglieder den Sicherheitsrat für die Realisierung ihrer engen nationalen Interessen nutzen und dabei seine Tagesthemen um innerpolitische, menschenrechtliche, klimatische und sonstige Fragen erweitern, hat in letzter Zeit lawinenartig zugenommen."

Dabei sei der Sicherheitsrat für solche Fragen gemäß UN-Charta nicht zuständig. Indessen werden reale Gründe für bestimmte Konflikte bewusst verschwiegen oder vertuscht, so Jewstignejewa.

#### 20:50 de.rt.com: **Videobeweise für den Raketenbeschuss des Straßenbaumaschinenwerk in Kremenchug veröffentlicht**

Im Internet sind Videos aufgetaucht, die bestätigen, dass das Ziel des Raketenangriffs der russischen Streitkräfte in Kremenchug das Straßenbaumaschinenwerk "Kredmasch" und nicht das Einkaufszentrum "Amstor" war, wie die ukrainischen Behörden mitteilten. So hat das russische Portal *Ridus* ein Video des ukrainischen Senders Suspilne [veröffentlicht](#), das einen riesigen Krater auf dem Fabrikgelände zeigt. Der russische Militärkorrespondent Alexander Koz [kommentierte](#) das Video mit dem Hinweis, dass ein Schlag mit solcher Zerstörungskraft das Einkaufszentrum bei einem direkten Treffer durch die Explosionswelle komplett zerstört hätte. Dies sei aber laut Videos aus dem Inneren des Gebäudes nicht der Fall, nicht einmal die Weinflaschen seien aus den Regalen gefallen. *Ridus* zeigte auch ein [Video mit den Aufnahmen](#) diverser Überwachungskameras rund um einen Erholungssee. Diese dokumentieren einen Raketenschlag in unmittelbarer Nähe. Laut [Satellitenfotos](#) befindet sich das Werksgelände und nicht das Einkaufszentrum an der Stelle der Explosion.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium wurden in Kremenchug Hangars mit Waffen und Munition aus den USA und europäischen Ländern in der Nähe der Straßenbaumaschinenfabrik Kremenchug mit russischen Präzisionsschlägen getroffen. Die Detonation der gelagerten Munition, die für westliche Waffen vorgesehen war, habe einen Brand im Einkaufszentrum in der Nähe der Anlage ausgelöst. Die ukrainische Regierung beschuldigte Russland am Montag eines gezielten Schlages gegen Zivilisten im Einkaufszentrum. Laut Präsident Wladimir Selenskij hielten sich bis zu 1.000 Menschen im Gebäude auf. Örtliche Behörden meldeten infolge des Angriffs 18 Tote und 59 Verwundete.

Der Bürgermeister von Kremenchug Witali Malezki beschuldigte die Leitung des Einkaufszentrums, während des Luftalarms gegen die Verhaltensregeln verstoßen zu haben. Laut Malezki teilte die Verwaltung des Einkaufszentrums in den sozialen Netzwerken mit, dass das Zentrum ab dem 23. Juni nicht mehr geschlossen wird, wenn Luftschutzalarm ausgerufen wird, berichtete TASS.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62bb5038b480cc7e1c086424.png>

*Einkaufszentrum (unten), Fabrikgelände (Mitte) und Parkanlage mit See (oben) auf Satellitenfoto mit der Explosionsstelle - Google Maps*

22:33 (21:33) novorosinform.org: **Norwegen weigerte sich, Fracht für russische Bergleute nach Spitzbergen zu lassen**

Norwegen hat einen Antrag auf Warenpassage für russische Siedlungen auf dem Svalbard-Archipel im Arktischen Ozean abgelehnt.

Der Antrag auf einen Lebensmittelpass wurde von der russischen Botschaft an das norwegische Außenministerium geschickt, was jedoch abgelehnt wurde, berichtet NRK unter Berufung auf das Außenministerium des Königreichs.

Es wird mitgeteilt, dass die Bewohner des Bergbaudorfes Barentsburg auf dem Archipel 20 Tonnen Lebensmittel nicht erhalten haben. Zuvor wurde die Fracht von Murmansk über den Autokontrollpunkt Storskog an der Grenze zu Norwegen und der Stadt Tromsø nach Spitzbergen geschickt.

Etwa 500 Menschen leben in Barentsburg, darunter Arbeiter der Kohleminen des russischen Unternehmens Arktikugol.



[https://novorosinform.org/content/images/77/93/47793\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/77/93/47793_720x405.jpg)